

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erhält wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamenseite 45 Goldpfennige. | Postfachnummer der Zeitung 1040. | Fernsprecher Nr. 11. | Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 139

Altensteig, Samstag den 18. Juni

1927

Zur Lage.

In Genf hat die Völkerverhandlung ein rasches Ende genommen, das nicht zuletzt durch die bereits am Donnerstag erfolgte Abreise Briands wegen Erkrankung bedingt war. Loucheur und Boncour, die als die Vertreter Frankreichs zurückblieben, sahen nicht in der Regierung. Das Ergebnis der Tagung ist durchaus unbefriedigend, ja lässlich. Wohl haben sich die Vertreter von den sechs maßgebenden Staaten wiederholt über die großen Fragen der europäischen Politik und die gespannte Lage in Europa unterhalten, aber was an Realitäten zum Vorschein kam, ist gleich Null. Die Locarnopolitik soll fortgesetzt werden, so steht es in der amtlichen Auslassung aus Genf. In Deutschland empfindet man das allgemeine Unbehagen und sieht einen Fehlschlag der ganzen Politik mit Frankreich. Denn nicht einmal die Frage der Kontrolle der Offizierungen, geschweige denn die Probleme des Rheinlandes fanden eine ergiebige und abschließende Behandlung. Briand mag seine Erkrankung recht gelegen gekommen sein. Im übrigen hat die Tagung nur gezeigt, daß Briand nichts zu sagen hat, auch nichts zu entscheiden. Er ist mit seiner angeblichen Friedenspolitik in Untätigkeit und Passivität zurückgefallen, scheut die Verantwortung zu übernehmen. Poincaré und seine Hinterleute bestimmen auch Frankreichs Außenpolitik. Und sie wollen keine Verständigung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich von ihrem Berichterstatter mit Recht aus Genf drahten: „Ohne solche Sentimentalität werden wir in kurzer Frist sofort nach Genf die Frage prüfen müssen, ob es mit Frankreich überhaupt noch andere Möglichkeiten des Weiterkommens gibt, ob die in der Regierung der Konzentration tatsächlich stützenden, mächtigen Kräfte geneigt sind, das von Briand begonnene Werk zu übernehmen und fortzusetzen. Heraus aus den Halbheiten und Unwahrhaftigkeiten! Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich kann nicht mehr so bleiben, wie es ist. Es muß viel besser oder viel schlechter werden. Was sagt Herr Poincaré zu der Politik von Locarno? Wünscht er sie aufzugeben, verzichtet er auf einen Ausgleich mit Deutschland, dann bitten wir um klare und männliche Antwort.“

Tagelang hat man anscheinend in einer Art Sechsmächterkonferenz in Genf über das Verhältnis der europäischen Staaten zu Rußland diskutiert, und es ist kein Zweifel, daß versucht wurde, Deutschland auf eine antirussische Stellungnahme festzulegen, damit England einen weiteren Bundesgenossen in seinem Sinne hat. Chamberlain soll in den letzten Tagen zwar sich dahin geäußert haben, daß England keinen Krieg gegen Rußland führen wolle, aber die Tendenz der Bekämpfung der russischen Politik war unverkennbar aus allen Äußerungen, ist auch erkenntlich aus den Maßnahmen Englands, Frankreichs, Hollands und anderer Staaten. Der Versuch, Deutschland in eine Art englisch-französischer Interessengemeinschaft mit antirussischer Spitze zu ziehen, um Deutschland dadurch von den eigenen Angelegenheiten abzulenkeln, ist wohl gescheitert. Denn der russische Außenminister Tschicherin, der noch in Berlin weilte, wurde vom Reichsminister und dem deutschen Botschafter in Moskau, Grafen Stodoloff-Kanhan, informiert. Es war dies ein freundschaftlicher Akt, und es soll dabei besonders zum Ausdruck gekommen sein, daß man in Genf über das Moskauer Vorgehen nach der Ermordung des Sowjetgeandten in Warschau, entrüstet war. Denn die russische Regierung hat in barbarischer Weise 20 Personen, die politisch verdächtig oder angeklagt waren, kurzerhand hingerichtet lassen.

Es hat diesmal in Genf eine Art Geheimdiplomatie gegeben, namentlich hinsichtlich der Ministerbesprechungen. Wenn auch deutscherseits die Hoffnungen auf die Junitagung des Rates nicht groß waren, so ist die Enttäuschung darüber, daß so wenig Positives geleistet wurde, umso größer. Wohl sind eine Reihe deutscher Fragen wie Offizierungen und Räumungsfrage auf den Weg diplomatischer Auseinandersetzungen verwiesen worden, aber man kennt nun diese Politik der Verzögerung allzuvoll. So bleibt die Junitagung in Genf ohne fühlbare Nachwirkung und die Erkenntnis wird wachsen, daß der Völkerverbund die Kulisse ist, hinter der sich die Machtpolitik der alten Welt verdeckt und die hauptsächlich darin besteht, Deutschland niederzuschlagen und das Versailles-Diktat in allen Klauen und Fäusten zur Durchführung zu bringen. Die Silberstreifenpolitik hat nun wohl ein Ende. Dr. Stresemann berichtigte über die Weltwirtschaftskonferenz und fand mit seiner Entschliebung, die der praktischen Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen und Erleichterungen die Wege ebnen soll, Beifall. Aber es ist immer noch ein weiter Weg bis zur Durchführung von Kon-

derungen wie Abbau der Zollmauern, zumal die Regierungen der einzelnen Staaten maßgebend sind.

Die Abmachungen zwischen der deutschen Delegation in Genf und dem litauischen Ministerpräsidenten über die Memelfrage, die in der Mittwochssitzung des Völkerverbundes bekanntgegeben worden sind, und durch die eine Beschäftigung des Völkerverbundes selbst mit der Memeler Angelegenheit überflüssig geworden ist, stellen ein Kompromiß dar, von dem man anerkennen muß, daß es auf die wesentlichen Gesichtspunkte der memelländischen Beschwerte Rücksicht nimmt, und daß es die litauische Regierung in aller Form bindet. Die Ursachen dieser Beschwerte grundlegend auszukurieren. Der deutsche Reichsaussenminister hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die litauische Regierung die dazu notwendigen Schritte mit größter Beschleunigung durchzuführen wird, und auch der Vorsitzende der Ratstagung, der englische Außenminister Chamberlain hat sich dieser Hoffnung angeschlossen. Es ist nun an der litauischen Regierung, zu beweisen, daß das Mißtrauen, mit dem man ihr angesichts ihrer bisherigen Haltung nicht im Memelgebiet selbst, sondern auch im Reich zu begegnen muß, nach den Erklärungen ihres leitenden Staatsmannes hinwegrückt wird. Die letzten Tage haben aber noch keinerlei Anzeichen einer Durchführung dieses Versprechens gebracht.

Der Spruch des polnischen Standgerichts in Warschau gegen den Mörder des russischen Gesandten Moskow konnte insofern Befremden erregen, als das Gericht sehr wohl in der Lage gewesen wäre, ein Todesurteil zu fällen und aus dessen feinerem auf lebenslängliches Zuchthaus lautenden Spruch die Andeutung an den Staatspräsidenten hinzugefügt hat, die Strafe im Gnadenwege auf 15 Jahre zu ermäßigen. Man kann wohl annehmen, daß zu dieser Entscheidung des Standgerichts das jugendliche Alter und die Bestimmung des Angeklagten mitbestimmend waren — wahrscheinlich aber hat auch die Stimmung, in der Polen nicht nur durch die letzten Schritte Rußlands, sondern ganz allgemein gegenüber seinem östlichen Nachbarn lebt, den Urteilspruch maßgebend beeinflusst.

Im englischen Unterhaus hat ein Regierungsvertreter auf eine Anfrage eines Mitgliedes der Arbeiterpartei über das Verhältnis zu Rußland eine bemerkenswerte Antwort erteilt. Aus ihr geht nämlich hervor, daß die britische Regierung durchaus zu Verhandlungen über die Wiederherstellung geordneter Beziehungen bereit wäre, wenn die Anregungen dazu von Rußland ausgingen. Diese offizielle Bestätigung des englischen Regierungsstandpunktes deckt sich mit den Äußerungen, die man aus Genf von den maßgebenden englischen Vertretern bei der Völkerverbundstagung, besonders von dem Außenminister Chamberlain selbst hört und die darauf hinauslaufen, daß England eine Verschärfung des Konfliktes weder wünsche noch beabsichtige, sondern zu seiner Behebung unter bestimmten Voraussetzungen durchaus bereit sei. J. diesen Voraussetzungen zählt in erster Linie die englische Forderung nach einem absoluten Aufhören der bolschewistischen Propaganda gegen Großbritannien. Diese Forderung ist zwar verständlich, greift aber so sehr an die Wurzeln der bolschewistischen Politik, daß selbst eine Zusage aus Moskau immer nur platonischen Wert hätte.

Im übrigen wird in einem Nachwort zu Genf noch das eine oder andere nachzuholen sein, denn auch von den politischen Konferenzen gilt, daß man nach Tisch eine Sache anders beurteilt als während des Vorgesanges.

Der Deutsche Reichstag ist zu seiner Sommertagung zusammengetreten und findet einen reich besetzten Arbeitstisch. In dieser Woche kam die Frage der Erhöhung des Postes zur Beratung. Es wurde ein demokratischer Antrag mit Hilfe der Sozialen und der Wirtschaftspartei angenommen, der eine Zurückziehung der Gesetzesvorlage verlangt. Die Mehrheit im Reichstag war eine Zufallsmehrheit, weil die Ränke der Regierungsparteien, die selber den Reichspostminister in seinen Forderungen auf 50prozentige Erhöhung der Poststüben mühen, nicht voll besetzt waren. Nun ist aber die Regierung durch das Postfinanzgesetz doch ermächtigt, die Sache durchzuführen. Für alle Fälle bleibt zu sagen, daß die Erhöhung aus wirtschaftlichen Gründen vermieden werden muß. Lieber möge die Postverwaltung Ersparnisse in ihrem großen Kraftwagenpark und an anderen Einrichtungen machen als der Wirtschaft dieses Opfer von einer halben Milliarde im Jahr zuschütten. Nun kommt aber noch neuer Konfliktstoff im Reichstag hinzu. Die Zolltarifnovelle muß in der Sommertagung verabschiedet werden und dabei sollen allerlei Zollerhöhungen durchgeführt werden, worüber bereits ein heftiges Vorgeplänkel unter den Parteien im Gange ist. Erhöht werden soll der Weizengold, der Kartoffelzoll und der Fleischzoll. Nachdem aber der Reichsaussen-

minister in Genf den berechneten Anwalt der Weltwirtschaftskonferenz gemacht hat und besonders den Abbau der Zölle unterstrich, nimmt es sich eigenartig aus, wenn die Reichsregierung gleichzeitig der dringenden Forderung der Landwirtschaft nachkommend eine Zollerhöhung für einzelne Produkte vorschlägt. So ist die Luft dieser heißen Sommertage auch auf politischem Gebiet gewittertschmel.

Neues vom Tage

Berwaltungsrat der Reichspost

Berlin, 17. Juni. Heute vormittag begann die Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost, die über die geplante Gebührenerhöhung entscheiden soll. Eine neue Vorlage des Ministeriums schlägt eine Erhöhung der Rundfunkgebühren von monatlich 2 auf 3 Reichsmark vor. Davon wird eine Mehreinnahme von 15—21 Millionen jährlich erwartet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Reichspostminister Schäffl, daß er als politischer Minister verpflichtet sei, dem Beschluß des Reichstages Rechnung zu tragen; jedoch habe er über das Schicksal der Vorlage nicht allein zu entscheiden, weil nach dem Reichspostfinanzgesetz der Verwaltungsrat zuständig sei. Der Minister weist darauf hin, daß der Post bei Ablehnung der Vorlage die Gelder fehlen, um ausgegebene Bestellungen aufrecht zu erhalten, was zu Arbeiterentlassungen führen müsse. Später müsse Erhöhung der Gebühren doch kommen. Bis dahin gingen aber der Post monatlich 20 Millionen verloren. Inzwischen sind verschiedene Anträge eingegangen. Der Demokrat Raschig beantragt, die Beratung der Vorlage auf den November zu verschieben. Die Sozialdemokraten wollen sie an den Reichspostminister zurückverweisen. Der Kommunist Torgler will von einer Beratung und Beschlußfassung vollständig Abstand nehmen und die gegenwärtigen Posttarife beibehalten.

Die Postgebührenvorlage zurückgezogen

Berlin, 17. Juni. Im Verwaltungsrat der Reichspost wurde nach den Anträgen und der Debatte über die Erhöhung der Postgebühren von einer Erklärung des Reichspostministers Kenntnis genommen, daß er nach der Abstimmung im Reichstage die Vorlage zurückziehe. Hieran beantragte Nietotte (Ztr.), nunmehr die Beschlüsse des Ausschusses zur Postgebührenvorlage einzubringen, da sie eine geringere Erhöhung der Gebühren vorsehen. Der Verwaltungsrat wird am Samstag dazu Stellung und der Reichspostminister in der kommenden Woche eine neue Gebührenerhöhung an den Reichstag bringen.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Berlin, 17. Juni. Der Aulienrat des Reichstages beschloß einstweilen, den 18. Juli als Schlußtag für den gegenwärtigen Tagungsabschnitt in Aussicht zu nehmen. Falls es die Zollvorlage und das Arbeitslosenversicherungsgesetz notwendig machen, soll unter Umständen auch länger getagt werden. Am nächsten Donnerstag wird evtl. die außenpolitische Debatte ihren Anfang nehmen.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bestellt elektrische Lokomotiven

Berlin, 17. Juni. Die Verkehrsannahme auf den elektrisch betriebenen Strecken in Schlesien und Sachsen, sowie der weitere Ausbau des elektrischen Zugbetriebes in Bayern machen die Beschaffung einer größeren Zahl elektrischer Lokomotiven erforderlich. Im Laufe des Jahres 1928 sollen 88 elektrische Lokomotiven und 15 Trieb- und ebensowie Steuerwagen dem Betrieb übergeben werden.

Eisenbahnunglück in Bayern

Ludwigshafen (Oberfranken), 17. Juni. Am Mittwoch vormittag kurz vor 11 Uhr stieß eine Schubbahn auf den Sitzzug 50 Leipzig-München und zerstückelte den Postwagen vollständig. Die beiden letzten Personenwagen wurden schwer, der drittletzte Personenwagen leicht beschädigt. Durch den Zusammenstoß wurden sämtliche 25 Insassen der beiden letzten Wagen schwer verletzt. Es handelt sich durchwegs um Kopfverletzungen, die durch den Zusammenstoß und durch herabstürzendes Gepäck verursacht wurden. Einige Insassen des drittletzten Wagens wurden leicht verletzt. Die Verletzten erhielten Notverbande. Die Schwerverletzten wurden in das Ludwigshafener Krankenhaus verbracht.

Reuter über die Genfer Besprechungen

London, 17. Juni. Der Reuter-Korrespondent in Genf erzählt, daß die Besprechungen zwischen Briand und Stresemann am 14. und 15. Juni eine beträchtliche Annäherung der Ansichten über die beiden Länder berührenden Hauptfragen gezeigt hätten und daß diese Tatsache von den anderen Außenministern in Genf sehr begrüßt werde.

Mostau und das polnische Urteil gegen Kowarda

Mostau, 17. Juni. „Zwiesjka“ weist darauf hin, daß das Urteil des Warschauer außerordentlichen Gerichtshofes gegen Kowarda in der Öffentlichkeit der Sowjetunion gerechteste Entrüstung hervorrief. Das beschleunigte Gerichtsverfahren, so erklärt das Blatt, hat die polnische Regierung zur raschesten und sichersten Verbergung aller Taten des Verbrechens benötigt. Die von der Sowjetregierung in ihrer Note gestellte Forderung hinsichtlich der Unterfuchung des Verbrechens und der strengen Bestrafung des Mörders ist von der polnischen Regierung faktisch abgelehnt worden. Die Sowjetregierung wartet nunmehr die Stellungnahme Polens zur dritten Forderung der Liquidierung der weißgardistischen terroristischen Organisationen in Polen ab, um ihre endgültigen Schlüsse zu ziehen.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 17. Juni. Der Landtag begann heute in Anwesenheit des Staatspräsidenten und Kultministers Basille die Beratung des Kultusetats.

Bei Kap. 46a (Staatszuschuß an die evang. und die kath. Kirche) bemerkt Abg. Gaus (Ztr.): Es ist ein Unrecht, daß die katholischen Geistlichen noch nicht in Gruppe 10 einestrukt sind. Dieser Stand hält keine Protestversammlungen ab.

Abg. Heymann (Soz.): Der Staat gibt nur Pauschalbeträge zur Befriedigung des von der Kirche eigenmächtig aufzustellenden Etats. Hier dürfen wir doch nicht hineintreten. Der Abg. Gaus mag sich an seine kirchlichen Organisationen wenden. Dazu hat man der Kirche die Landeskirchensteuer gegeben.

Abg. Dr. von Dieber (Dem.) nimmt dem einmaligen Staatszuschuß für die evang. und die kath. Kirche in Höhe von 147 000 Mark zu.

Kap. 46a wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten genehmigt. Bei Kap. 48 werden für die Universität 71 500 Mark an jährlichen Ausgaben bewilligt.

Bei Kap. 51 (Technische Hochschule) beantragt Abg. Dr. W. B. Dr. (S.P.) in dem vorerwähnten 43 500 Mark weitere 150 000 Mark zu bewilligen Veränderungen zu bewilligen.

Abg. Dr. Brudmann (Dem.): Es ist notwendig, daß sich die Regierung über den Neubau der Technischen Hochschule bald klar wird, damit wir nicht von München und Karlsruhe überflügelt werden.

Abg. Dr. W. B. Dr. (S.P.): Der Neubau der Technischen Hochschule sollte innerhalb drei Jahren schon fertig werden.

Ministerialrat Bauer: Ein hiesiger Professor hat erklärt, daß er in Stuttgart nur dann bleibe, wenn ihm in seinem eigenen Institut dieselben Arbeitsbedingungen geboten werden wie in Karlsruhe, wofür er einen Ruf erhalten hat. Dazu sind die 350 000 Mark erforderlich.

Abg. Heymann (Soz.): Das Fundament unserer Kultur sind nicht allein die Hochschulen. Auch die letzte Volksschule ist eine kulturelle Pflanzstätte von außerordentlicher Bedeutung. Man muß alles in der richtigen Proportion ansehen. Dem Spezialinteresse muß man energisch entgegen treten.

Beim Kap. 54 beantragt der Ausschuß, im Haushaltsplan 1928 bei den Gewerbe- und Handelsschulen, sowie bei den Frauenarbeitsstätten eine dem Bedürfnis entsprechende Vermehrung der Zahl der Lehrstellen einzutreten zu lassen.

Abg. Becker (Komm.): Der Religionsunterricht gehört nicht in die Gewerbeschulen. Er ist ein unbedingt notwendiges Fach.

Abg. Heymann (Soz.) beantragt, eine Ueberschreitung der im Etat vorgesehenen 2000 Mark für Studientreffen der Kunstakademiestudenten nicht zu beanstanden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Juni.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr und begrüßt den Abg. Dr. Heß, bei keiner Partei, dessen Platz ein prächtiger Blumenstrauß schmückt, zu seinem 50jährigen Doktorjubiläum. Auf der Tagesordnung steht ein Geschenkentwurf zur Umbenennung der Rechtsanwaltsordnung. Darnach wird u. a. die Höchstzahl der Vorstandsmitglieder der Anwaltskammern von 20 auf 25 hinaufgesetzt. Die Vorlage wird in allen drei Lesungen angenommen.

Abg. Wiener (Dnl.) begründet dann einen von den Regierungsparteien eingebrachten Geschenkentwurf über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Darnach darf in den gewerblichen Bäckereien und Konditoreien die Arbeitszeit einschließlich der Arbeitsbereitschaftszeit insgesamt 60 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. An Sonn- und Festtagen soll während zweier Stunden die Herstellung leicht verderblicher Konditorwaren zulässig sein. Der Redner erklärt, die Gewerkschaften hätten keine Veranlassung, etwa mit technischer Rücksicht der Bäckereibetriebe die Ablehnung der Forderungen des Antrags zu begründen. Die ungerichte Behandlung der Bäckerei- und Konditoreibetriebe müsse aufhören. Der Redner beantragt Ausschußüberweisung.

Abg. Unterkellner (Soz.) nennt die Forderungen des Antrags eine Barbarei, gegen die sich vor allem das Reichsgesundheitsamt wenden müsse.

Abg. K. B. Dr. (Komm.) nennt den Antrag eines der schlimmsten sozialreaktionären Machwerke der Regierungsparteien.

Abg. Dunkel (Wirtsch. Verein.) erklärt, das Bäckereigewerbe wolle nichts anderes als andere Gewerbe, nämlich die 48stündige Arbeitswoche und einen vernünftigen Ausgleich zwischen den einzelnen Arbeitstagen.

Die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Der Geschenkentwurf über Kriegsgerät geht ohne Aussprache an den Auswärtigen Ausschuß.

Samstag 12 Uhr: Verlängerung der Postschlußordnung, Antrag über die Bestimmung des 11. August zum Nationalfeiertag.

Auch im Sommer

ist das Lesen einer Zeitung für den Landwirt eine unbedingte Notwendigkeit.

In übersichtlicher, kurzer Fassung unterrichten wir die Leser über alles Wissenswerte. Bestellen Sie deshalb unsere Zeitung für den Monat Juli.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 18. Juni 1927.

Bericht über die Gemeinderatsitzung vom 15. Juni 1927.

Entschuldigt abwesend Gemeinderat Luz und Ackermann.

Die Reichsbahndirektion Stuttgart hat beim Ministerium des Innern gegen die Kraftwagenfahrt des Wally Delle von Altensteig nach Nagold, Einspruch erhoben. Gegen die Herstellung der Verbindung abends 10 Uhr von Nagold her, wird nichts eingewendet. Das Oberamt veranlaßt zur Abgabe einer Aeußerung hierüber. Neuerdings fährt Delle nur noch Sonntags nach Nagold, jedoch der Einspruch in der Hauptsache hinfällig ist.

Friedrich Danneberg, Fuhrunternehmer in Zimmernseld besichtigt an Stelle der Pferdepost von Zimmernseld nach Engstlhof eine Kraftwagenfahrt bei den bisherigen Fahrzeiten einzu richten. Wegen die Einrichtung wird nichts erinnert, auch wird der in Unterhaltungspflicht der Stadt stehende Teil der zu befahrenden Strecke während der Dauer des Betriebs in einem hierzu erforderlichen Zustand erhalten.

Stadtwarden Vogel, welcher in der Sitzung erschienen ist, nimmt Stellung zu der Frage betr. die Niederlassung eines 3. Arztes in der hiesigen Stadt. Es folgt eine lebhaft Aussprache ohne weitere Beschlußfassung.

Der Herr Staatspräsident hat den Eltern eines kürzlich geborenen 7. Sohnes eine Ehrengabe von 20 Mark bewilligt. Hierzu wird ein Beitrag aus der Stadtkasse in gleicher Höhe gewährt.

Die Verwendung des alten Friedhofs soll allmählich eingeschränkt werden, um denselben mit der Zeit den Charakter einer öffentlichen Anlage zu verleihen. Es wird aus diesem Grunde beschlossen, neue Familiengräber auf dem alten Friedhof nur noch abzugeben, wenn heute ein nahes Verwandtes daselbst beerdigt ist.

Es wird ein Erlaß der Ministerialabteilung für die Fachschulen bekannt gegeben, nach welchem Jutelage eines weiteren Lehrers an die Gewerbeschule zur Zeit noch nicht möglich und die Sitzung des Gewerbeausschusses in der vorgelegten Fassung nicht genehmigt worden sei.

Johann Georg Hauser, Heberberg ist bereit, 2 Nebenliegen in den Zinsbuchweisen im oberen Teil ein dingliches Nieberrichtsrecht über sein Grundstück einzuräumen. Da die Bestellung neuer Nieberrichtsrechte gesetzlich nicht zulässig ist, wird beim Oberamt ein Gesuch der besonderen Umstände, die Gestattung einer Ausnahme beantragt.

Genehmigt wird die Abrechnung betr. Abmieten und Einbringen des Futterertrags der fädt. Farnenwiesen gegen 180 M. jährlichen Uebernahmepreis für dreier und eine Kulturrichtungsänderung über den Heu- und Lehnerrtrag einiger fädt. Grundstücke beim Staube. Nachzeit 3 Jahre. Erlös jährlich 108 Mark.

Der evang. Oberkirchenrat teilt mit, daß für 1928 ein Staatsbeitrag zu dem Selbstdarstellung des Lehrkräfte an der Volksschule nicht bewilligt werden konnte, da die vorhandenen Mittel bedürftigeren Gemeinden zugewiesen worden seien.

In einer Beratung über das Musikfest am 26. ds. Mtz. werden 3 Föhnen in Reichsfarben für fädt. Gebäude, sowie ein Fohal als Stiftung und anderes zur Anschaffung genehmigt. Das zur Ausschmückung der Gebäude erforderliche Material wird unentgeltlich an die Einwohnerschaft abgegeben.

Ein Gesuch um Erstattung von Holzgeld aus dem Jahr 1926 findet Berücksichtigung.

Stadtbaumeister Derschler hat einen Kostenvoranschlag über einen eiserne Fußgängerweg oberhalb Bahnhof Bernsd, aufgestellt, an den Herstellungskosten von ca. 1600 Mark, wie an den Unterhaltungskosten wird 1/2, auf die Stadtkasse übernommen, sofern der Weg nach dem vorliegenden Plan ausgeführt wird.

Calw, 17. Juni. Außer dem Bau von neuen Wohngebäuden macht sich das Bestreben bemerkbar, die alten Häuser mit einem schönen äußeren Kleid zu versehen. Vorgegangen sind hier ein Hausbesitzer auf dem Marktplatz. Mit wenigen Ausnahmen sind alle Häuser neu und geschmackvoll in den beliebten stark wirkenden Farben ausgeführt worden, besonders erfreulich ist es aber, daß die alten Holzkonstruktionen wieder bloß gelegt und erneuert worden. Die vielen Giebelhäuser, die die Stadt besonders auf dem Marktplatz aber auch in anderen Teilen besitzt, weisen nach Entfernung des Gipsverputzes reiche und feine Holzaustrichungen auf, die dem Geschmack unserer Vorjahre ein gutes Zeugnis ausstellen. Zu den schon länger wiederhergestellten Häusern sind neuer 3 Häuser getreten, bei denen die Farbzusammenstellung des Holzes und der Felber in schöner Weise gelöst worden ist. Es sind dies der Bären in der Bäderstraße, die Kreditbank und das Haus vom Vortennmacher Kleinbus auf dem Marktplatz. Am letzteren ist eine schön in Holz gehauene Inschrift angebracht die besagt, daß das Haus 2 mal abgebrannt und im Jahr 1698 als Herberge zum gold. Becker wieder aufgebaut wurde. Die weitere Inschrift lautet: 1927. In 100 Jahre stand drin in Gunst die ehrsame Vortennmacherkunst. Dein Kleid hab ich erneut der Stadt zur Ehr und mit selbst zur Freud.

Calw, 17. Juni. (Oberpfälzerkinder.) Wie die Bezirksleitung Stuttgart der B. V. G. D. mitteilt, kommen die für den Bezirk gemeldeten Kinder am Dienstag in Stuttgart an und werden dort abgeholt. Die Herren Pfarrer werden noch von der Leitung benachrichtigt, wann die Kinder an den betr. Bahnhaltungen eintriften.

Calmbach, 16. Juni. Bei dem kürzlich in Betrieb genommenen, neu erbauten Kin der heim und den sonstigen Erneuerungsarbeiten der Volkshelstätte Charlottenhöhe haben die hiesigen Handwerker den größten Teil der Arbeiten ausgeführt. Allein 280 000 M. von den 350 000 M. betragenden Baukosten kamen auf Calmbach.

Neuenbürg, 16. Juni. Die bekannte Firma Hauelsen und Sohn, hatte heute großen Besuch: Der Verband deutscher Eisenwarenhändler, der in Stuttgart seine Tagung hatte, unternahm im Anschluß hieran eine Autofahrt nach Wildbad und nahm eine Einladung genannter Sensenfabrik an. So trafen heute in zahlreichen Autos circa 300 Besucher hier und in der Fabrik ein, die das Werk eingehend besichtigten und festlich bewirtet wurden.

Herrenberg, 17. Juni. (Die Stadtschultheißenwahl.) Die Wahltagung zu der am kommenden Sonntag stattfindenden Wahl hat hier recht lebhaft eingesetzt. Man hatte die Absicht nur zwei Kandidaten in die Wahl zu bringen. Bei einer Vorabstimmung in einer großen Bür-

gerversammlung erhielt Schultheiß Schick 309, Ratschreiber Sigler 168, Schultheiß Wagner 131 und Ratschreiber Müller von hier 82 Stimmen. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, keine Ausscheidung unter diesen Kandidaten vorzunehmen und dem Wasser freien Lauf zu lassen. Die Ratschreiber Sigler und Schultheiß Schick haben bis jetzt die größten Aussichten und der Endkampf spielt sich hauptsächlich um diese beiden Bewerber ab.

Altobersdorf, 17. Juni. Am gestrigen Fronleichnamsfest ereignete sich dahier beim Böllerschießen ein großer Unglücksfall. Als die Gloden zum Festgottesdienst riefen, zerbrach beim zweiten Schuß ein Böller, dessen Splitter dem Anton Bächele, Sohn der Witwe Bächele, eine Gesichtshälfte wegriß und ihn am Arm verletzten. Der Bedauernswerte wurde ins Bezirkskrankenhaus Rottweil zur sofortigen Operation verbracht.

Neuenbürg, 17. Juni. (Amtsversammlung.) In der Amtsversammlung wurde der Voranschlag der Amtspersohnschaft mit 364 060 M. Einnahmen und 767 700 M. Ausgaben genehmigt und beschlossen, den Abmangel mit 403 640 M. durch eine Umlage in Höhe von 390 000 M., den Rest durch kleinere Mittel zu decken. Zum Sparkassenverwalter der Zweigstelle Wildbad wurde Obersekretär Fr. Rumpff-Stuttgart-Neuenbürg gewählt. Den Sparern soll eine Aufwertung von 18 Proz. auf den Goldmarkwert zuteil werden.

Rottweil, 17. Juni. (Schiedspruch für die Uhrenindustrie.) Unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Endrich fällte der Schlichtungsausschuß nach langen Verhandlungen einen Schiedspruch in den Urlaub- und Arbeitszeitstreitigkeiten für die Uhrenindustrie. Darnach können die Arbeitgeber die regelmäßige Arbeitszeit bis zu 51 Stunden in der Woche nach Anhörung der gewählten Betriebsvertretung einführen, doch ist für solche Mehrarbeit mit Einräumung der im Gesetz vorgesehenen Fälle ein Zuschlag von 10 Prozent zu bezahlen. Für die über 51 Stunden geleistete Mehrarbeit kommen Zuschläge von 15 Prozent für die 52. und 53. Stunde, von 25 Prozent für weitere Stunden in Anrechnung. Die bisherigen Bestimmungen über den Urlaub bleiben im wesentlichen bestehen.

Stuttgart, 17. Juni. (Betriebsratswahl bei der Reichspost.) Bei den Wahlen zum Zentralbetriebsrat der Deutschen Reichspost wurden in Württemberg 2062 gültige und 77 ungültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Deutschen Verkehrsband 1486, auf die Deutsche Postgewerkschaft 576 Stimmen. Gewählt wurde Herr. Laier-Stuttgart (Deutscher Verkehrsband).

Falsche Dreimarckstücke. Am Dienstag nachmittags wurde im westlichen Stadtteil festgestellt, daß falsche Dreimarckstücke in Läden in Zahlung gegeben wurden.

Beim Baden ertrunken. Gestern nachmittags ertrank eine 30jährige Frau beim Baden im Rißfild am Neckar. Der Ertrunkenen soll es an den nötigen Schwimmkenntnissen gefehlt haben.

Tübingen, 17. Juni. (Eine Rede des Finanzministers.) Finanzminister Dr. Dehlinger sprach hier in einer Besammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei über die Finanz- und Steuerpolitik. Er betonte dabei vorweg den Grundlag: Keine Ausgabe ohne Deckung und bezeichnet es als die größte Gefahr, daß das deutsche Volk mehr verbräuche, als es in eigenen Lande erzeuge. Das Ausbauprogramm der wirtsch. Straßenbauverwaltung betrage 100 Millionen. Der Minister besprach dann näher die Ausgaben für die Universität, die in den letzten 2-3 Jahren 1,5 Millionen betragen. Der Aula-Bau in Tübingen würde 5 Mill. erfordern. Für sonstige Zwecke der Universität seien weitere 11,5 Mill. zu beschaffen. Der Minister verglich weiterhin die Personalausgaben und die jährlichen Ausgaben des Staats und räumte dabei ein, daß namentlich die unteren Beamtengruppen mit ihrem Gehalt schwer durchkommen.

Neckarsulm, 17. Juni. (Rückfichtsloser Fuhrmann.) Das sechsjährige Söhnchen des Werkzeugmachers Wittler wurde von dem Fuhrwerk des Schaffhändlers Schüle überfahren und schwer verletzt. Der rohe Fuhrwerkslenker ließ das Kind liegen und fuhr mit Schimpfen davon.

Ulm, 17. Juni. (Eine wahre Anekdote.) In dem Fleden Offenhausen-Lauter stand früher ein Kloster, in dem heute das staatliche Landesgestüt untergebracht ist. Die Kirche wird als Stadel benützt. Vor circa zwei Jahrzehnten wurden nun an den alten Klostergebäuden anlässlich einer Renovierung auf Veranlassung einer höheren Stelle das Erbauungsjahr, sowie das Jahr der Renovierung angegeben. Nun sind gerade Handwerker damit beschäftigt, über dem ehemaligen Kirchenportal die Jahreszahl — erbaut 1260 — anzubringen, als, wie die Ulmer Abendpost meldet, eine Stuttgarter Eggellenz erscheint. Der hohe Herr sieht eine Weise zu und fragt dann, was man da mache. Als man ihm Antwort gibt, meint er: „Ach was, wenn man schon mit hohem Alter anfängt, dann zieht ruhig noch 300 Jahre davon ab,“ was denn die Arbeiter getreulich besorgten und statt 1260 das Jahr 960 anbrachten. Und so verwundern sich alle Fremden, daß ein rein gotisches Bauwerk anno 960 erbaut worden sein soll, während die Gotik erst wesentlich später aufblühte. Aber es ist ein Kreuz mit den Stilarten, man sollte sie eben kennen.

Weingarten, 17. Juni. (Großfeuer.) Nachts brach vermittels durch Kurzschluß im Stallgebäude der Brauerei Köpff Feuer aus. Trotz der sofort am Brandplatz erschienenen Feuerwehr, zu der sich später auch die herbeigerufene Weckerlinie Ravensburg gesellte, brannte das große Stallgebäude bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Vieh konnte in Sicherheit gebracht werden.



Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 16. und 17. Juni

	Geld	Brief	Geld	Brief
London (1 Pfund Sterling)	1,788	1,792	1,798	1,799
Paris (100 Francs)	20,47	20,51	20,47	20,51
Brüssel (100 Francs)	4,215	4,220	4,215	4,220
Amsterdam (100 Gulden)	108,32	108,36	108,31	108,35
Frankfurt (100 Mark)	68,53	68,55	68,545	68,555
Wien (100 Kronen)	28,40	28,44	28,475	28,515
Madrid (100 Peseten)	112,71	112,88	112,70	112,82
Barcelona (100 Kronen)	108,94	109,16	108,94	109,16
Valencia (100 Kronen)	10,506	10,545	10,535	10,545
Batavia (100 Kronen)	12,487	12,507	12,487	12,507
Singapur (100 Kronen)	81,07	81,23	81,06	81,21
Manila (100 Peseten)	72,36	72,50	72,43	72,57
Cebu (100 Kronen)	112,91	113,18	112,91	113,18
Yokohama (100 Kronen)	80,285	80,405	80,27	80,39

Wirtschaftliche Wochenrückblick
 Die Börse herrschte infolge der noch immer anhaltenden Geldmarktfrage eine nervöse Unruhe. Die Kreditpolitik der Reichsbank ist als immer noch nicht geklärt. Die Diskontierung wurde mit gewissen Vorbehalten aufgenommen. Man befürchtet dadurch eine weitere Erhöhung der Zinsen, für die Wirtschaft eine nicht leicht zu nehmende Situation. Auf der anderen Seite erwartet man aber von der Diskontierung eine Vereinfachung der unklaren Geldmarktfrage und damit eine vermehrte Auswanderung von langfristigen Auslandskapitalen. Die Unternehmungskraft an der Börse war sehr bescheiden und der Kreditmarkt geriet. Die Aktienmärkte waren überwiegend schwach. Man befürchtet auch eine Diskontierung in England, wodurch der Zinsvorsprung Deutschlands wieder kleiner würde. Am 16. Juni trat die Kursrückgänge in Erscheinung bei den Terminwerten, während der Einheitsmarkt der Industriezweige in südlich behaupteter Tendenz verkehrte. Am Rentenmarkt lagen die ausländischen Werte drückend.

Geldmarkt. Wie erwartet, hat die Reichsbank den Wechselkurs um 2 Prozent von 5 auf 6 Prozent herabgesetzt. Der Lombardkurs bleibt unverändert 7 Prozent. Dadurch ist die normale Spanne zwischen Lombardkurs und Diskontsatz wieder hergestellt. Von der Diskontierung erwartet die Reichsbank eine Entlastung ihres Status, eine Stabilisierung der Zinsen und eine günstigere Zahlungsbilanz. Entsprechend dem Vorzeichen der Reichsbank haben auch die anderen Banken die Zinsen für täglich fällige Einlagen um 1 Prozent herabgesetzt. Auf dem Wechselmarkt ist nach der Diskontierung das Geschäft bis jetzt aber noch nicht hergestellt. Auch von dem Ansturm ausländischen Geldes ist noch nichts zu hören. Die Geldmarktfrage bleibt sehr hart angefaßt. Die Wechselkurse für die nächsten Termine sind offenbar sehr erdrosselt.

Warenmarkt. Die von den Auslandsmärkten gemeldeten Preisbewegungen wirkten auf die Haltung der einheimischen Märkte be-

stimmend ein, doch lauten die Forderungen nicht mehr so sehr. Die Umsätze waren beschränkt. Die auf den Markt kommende Futurware ist recht unbedeutend. An der Stuttgarter Landproduktbörse blieben Getreide und Öl mit 7,5 bzw. 4,25 Mark pro Doppelcentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 901 (— 7), Roggen 892 (unv.), Gerste 275 (unv.), Hafer 300 (unv.) Mark je 100 Zentner und Mehl 30,5 (unv.) Mark pro Doppelcentner.

Warenmarkt. Infolge der schlechteren Exportergebnisse in Amerika dauert die Nachfrage für Baumwolle an. Auch auf den deutschen Baumwollmärkten herrscht festes Preisniveau und lebhaftes Geschäft. Die Wollmärkte sind ziemlich still. Das Geschäft ist hier düster. Die letzten Käufersanktionen hatten gut behauptete Preise. Das zehntelwöchentliche Rohwollmarkt hat beim Reichsrat erneut einen Preisobergrenzengesetz für Rohwolle gefordert.

Börsen

Berliner Börse vom 17. Juni. Im Anschluß an den letzten Verlauf der gestrigen Frankfurter Abendbörse und den etwas lebhafteren heutigen Vormittagsverkehr kamen die Kursgewinne der heutigen Börse nicht unerwartet. Auch das Ausland mochte mit kleinen Aufträgen am Markt gewesen sein. Unter Voraussetzung von Spezialwerten, die 5 bis 10 Prozent gewinnen können, liegen die durchschnittlichen Erhöhungen bei 2-3 Prozent. Den höchsten Gewinn können Ölwerte mit 18 Prozent verzeichnen, an zweiter Stelle stehen Glanzstoffe mit 10 Prozent. Die Kurse bröckelten auf Abwärtsbewegung seitens der Produktionswerte langsam ab. Der Geldmarkt weist eine leichte Entspannung auf bei unveränderten Sätzen. Am Rentenmarkt blieb die Nachfrage gering. Der Primärdiskont wurde für beide Sätze um 4 Prozent auf 5 1/2 Prozent erhöht.

Märkte

Wälder, Bienen und Käse in Kempten vom 16. Juni. Wälder 227-242, Durchschnittspreis 140 eininkl. Ueberpreis, Tendenz ruhig. Bienenkäse mit 20 Prozent Herabsetzung an die Käse 24-27, Tendenz ruhig; Kemptener Ementhaler mit 45 Prozent Herabsetzung 18-22, Marktfrage etwas leiser.

Wälder. Bienenkäse: Käse 225-240, Jungerkäse 190-200, —
 Gerrenberg: Käse 728, trübliche Käse 280-300, Wälder 440-610, Schmalz 190-250, Käse 280-350, Jungerkäse 190-250, Käse 170 bis 200, —
 Wälder a. G.: 1 Paar Käse 1280-1300, 1 Paar Käse 280-300, Käse 250-300, Käse 190-200, — in der Stadt.

Hörzheimer Schweinemarkt vom 15. Juni. Zufuhr: 28 Milchschweine. Verkauf wurde das Paar zu 43-45 Mark. Der Handel bewegte sich in mäßigen Bahnen.

Kontur

Nachsch des am 4. 1. 27 verk. Eugen Schlang und der am 27. 1. 27 verk. Karoline Schlang geb. Hämmerte von Tübingen.

Letzte Nachrichten.

Reichskabinett und Zolltarifffragen.
 Berlin, 17. Juni. Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung zunächst mit den schwebenden Zolltarifffragen. Das Kabinett steht in diesen Fragen auf dem Boden der Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es wird demgemäß unverzüglich der Reichswirtschaftsrat um Erstattung eines Gutachtens unter Zuziehung des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages über eine Revision des deutschen Zolltariffgesetzes zwecks Herabsetzung des Zollniveaus ersucht werden. Sodann sollen entsprechend die Vorschläge beschleunigt den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Schwere Gewitter über Amsterdam.
 Amsterdam, 17. Juni. Am Nachmittag brach über Amsterdam ein furchtbares Gewitter aus. Das der Amsterdamer Trockenbodengesellschaft gehörende Juliana-Trodenbod ist vom Blitz getroffen worden. 5 Arbeiter waren sofort tot, 5 andere schwer verletzt, 6 erhielten leichtere Verletzungen.

Chamberlin und Levine wieder in Berlin.
 Berlin, 17. Juni. In zwei Dornier-Sonderflugzeugen der Deutschen Luft Hansa sind heute abend 8.30 die beiden Ozeanflieger Chamberlin und Levine mit ihren Gattinnen im Berliner Flughafen Tempelhof eingetroffen. Zu dem Empfang fanden sich zahlreiche Personen ein.

Unwähliches Wetter für Sonntag und Montag.
 Ueber Mitteleuropa liegt ein Hochdruckgebiet, im Westen eine neue ziemlich starke Depression. Für Sonntag und Montag ist zeitweise bedecktes, zu gewitterartigen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf
 Druck und Verlag der W. Rieferschen Buchdruckerei, Altensteig.

Bekanntmachung

betr.

Feuerwehrrabgabe.

Alle männlichen Einwohner der hiesigen Stadtgemeinde vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr, welche in der Feuerwehr keinen Dienst leisten, haben eine je am 1. April verfällende jährliche Abgabe als Beitrag zu den der Gemeinde obliegenden Kosten für das Feuerlöschwesen zu entrichten.

Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind Kranke und Gebrechliche, welche ein ärztliches Zeugnis beibringen, Metzger und Apotheker, Geistliche und die sonst durch öffentliche Berufspflicht Befreiten.

Nach Gemeinderatsbeschluss sind für das Rechnungsjahr 1927 zu bezahlen:

in Klasse I . . .	3.—	R.M.
„ „ II . . .	6.—	„
„ „ III . . .	12.—	„
„ „ IV . . .	20.—	„
„ „ V . . .	30.—	„

Die Einteilung der Abgabepflichtigen in die einzelnen Klassen wurde vorgenommen. Das Verzeichnis liegt vom 20. Juni bis 3. Juli ds. Js. während der üblichen Kanzleistunden auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 11) zur Einsichtnahme auf.

Etwasige Einwendungen gegen die Heranziehung zur Abgabe oder gegen die Einteilung in die einzelnen Klassen sind innerhalb dieser Frist beim Stadtschultheißenamt anzubringen.

Nachträglich erhobene Einwendungen finden keine Berücksichtigung.

Altensteig, den 17. Juni 1927.
 Stadtschultheißenamt:
 Bizenmaier.

Altensteig
 Sehr gut lodende
Winsen
 neue ital.
Kartoffeln
 feinst
**Emmenthaler-
 Limburger-
 und Kräuter-
 Käse**
 empfiehlt zu billigsten
 Tagespreisen
F. H. Röhler

Wegen Aufgabe unseres
 Fuhrwerks, verkaufen wir
 unsere Ia.



Schimmel-Stute
 prima im Zug und guter
 Käufer, sowie einen neuen

**Zweispänner-
 Langholzwagen**
 einen neuen
**Einspänner-
 Fuhrschlitten**
 nebst Anhängschlitten
 sowie Fuhr- und
Chaisengeschirr
Fezer & Frey
 Dampfzäugerwerk
 Pfalzgrafenweiler.
 Simmersfeld
 Ein Paar kleinere
**Läufer-
 Schweine**
 (Vark), verkauft
 Günthner, Straßenwart.

Circus Hudson

bestimmt heute abend 8 Uhr erste große
Gala-Eröffnungsvorstellung
 Sonntag 2 große Festvorstellungen
 nachmittags 3 Uhr Kinder-, Fremden- und Familien-
 vorstellung.
 Abends 8 Uhr Festvorstellung

Zur Nachmittagsvorstellung zahlen Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.
 Zu zahlreichem Besuch ladet höflich ein
 die Direktion.

Erklärung

Veranlaßt durch verschiedene umlaufende Gerüchte betr. die Person des Herrn
Schultheißen Klenk, Grömbach
 in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Milchviehkühl-Genossenschaft und der Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft, sieht sich die Leitung der beiden Genossenschaften veranlaßt, zu erklären, daß Herr Schultheiß Klenk jederzeit in uneigennützig mannhafter Weise seines Amtes gewaltet hat. Besonders hat er das Interesse der Mitglieder der Milchviehkühl-Genossenschaft von Grömbach jederzeit energisch wahrgenommen und damit bewiesen, daß er dem Vertrauensposten voll und ganz gewachsen ist.

Am nächsten Montag von morgens 9 Uhr ab habe ich in meiner Stallung im Gasthaus zur Traube in Altensteig, einen Transport schöne

**hochtrachtige
 Kalbinnen und
 junge Kälberkühe**

zum Verkauf, wozu Liebhaber freumbüchlich einladet
Max Zündorfer, Rellingen.

Der
Bodensee-Führer
 von Julius Wais
 ist zu haben in der
W. Riefersche Buchdrlg.
 Altensteig

Bestellungen auf
**Einmach-
 zucker**
 nimmt entgegen
 Konsum- u. Sparverein
 Ragnath u. Umg. e. G. m. b. H.

Am nächsten Montag von morgens 9 Uhr ab habe ich in meiner Stallung im Gasthaus zur Traube in Altensteig, einen Transport schöne

**hochtrachtige
 Kalbinnen und
 junge Kälberkühe**

zum Verkauf, wozu Liebhaber freumbüchlich einladet
Max Zündorfer, Rellingen.

Der
Bodensee-Führer
 von Julius Wais
 ist zu haben in der
W. Riefersche Buchdrlg.
 Altensteig

Bestellungen auf
**Einmach-
 zucker**
 nimmt entgegen
 Konsum- u. Sparverein
 Ragnath u. Umg. e. G. m. b. H.

Richard Wachenhut
Klara Wachenhut
geb. Schwarz
sorgen ihre
Vermählung
an
Altensteig, 18. Juni 1927

Johanna Pfeifle
Hans Helber

Verlobte

Ebhausen Ebhausen
 Nagold

Juni 1927

Photo-
Apparate
Platten
Filme etc.

Photo-
Arbeiten
Entwickeln
Kopieren
Vergrößern

Photohaus
Schwarzwaldrogaria
Fritz Schlumberger
Altensteig
geg. „Grüner Baum“

Altensteig
Vom Adler bis Dörsen
Gelbbentel
samt Inhalt
verloren
gegangen. Der ehrl. Finder
wird gebeten, denselben in
der Geschäftsstelle ds. Bl.
abzugeben.

Zur Schultheißenwahl Grömbach!

Bernünftige Wähler und Wählerinnen

läßt Euch nicht abschrecken wegen der Pensionierung des Schultheißen Klenk. Nachdem er sich zur Wiederwahl gestellt hat und nicht mehr gewählt werden sollte, hat er auf 5jährige Pension Anspruch. Die Gemeinde trifft dabei etwa 450 Mk. im Jahr und nach 5 Jahren hat man sauberen Tisch. Nachdem Klenk 65 Jahre alt ist, würde er auf Antrag lebenslänglichen Ruhegehalt beziehen, wenn er zurückgetreten wäre und zwar jährlich etwa 800 Mk., woran die Gemeinde 80 Mk. jedes Jahr, solange er lebt, bezahlen müßte. Wenn 450 Mark umgelegt werden, trifft einen mittleren Bürger im Jahr etwa eine Mk. Jedermann soll sich überlegen, ob 1 Mk. im Jahr, und nach 5 Jahren Schluß, einen Einfluß auf die Wahl haben kann. Das heutige Wahlergebnis wird ein Bild der Gerechtigkeit geben. Eine junge Kraft ist unbedingt erforderlich. Wir werden sie erhalten, wenn Seber und Sebe

Georg Zinkbeiner

wählt, der nötigenfalls auf die 450 Mk. verzichten kann, wenn es der Gemeinde zu schwer fallen sollte, diese zu bezahlen.

Wähler u. Wählerinnen von Grömbach!

Wählt einmütig den bewährten,
im Amt erfahrenen seitherigen
Schultheißen

Johannes Klenk

Viele Bürger.

Inserate

haben jederzeit besten Erfolg

Kirchliche Nachrichten.
1. Sonntag u. Dr. 19. Juni.
Vormittags - Gottesdienst
um 10 Uhr mit Predigt
über Luk. 16, 19-31:
Von Zeit und Ewigkeit.
Lied 50. Nachher Kinder-
gottesdienst. Nachmittags
1/2 Uhr Christenlehre
mit den Töchtern. Abends
8 Uhr Gemeinschaftsstunde.
Am Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr
Bibelstunde im Lutheraal.

Methodistengemeinde.
Sonntag, den 19. Juni,
vormittags 9 1/2 Uhr Pre-
digt-Gottesdienst, vormit-
tags 11 Uhr Sonntagss-
chule, abds. 8 Uhr Predigt.
Mittwoch, den 22. Juni,
abends 8 1/2 Uhr Bibel-
und Gebetsstunde.

Nagold
Gasthof z. Löwen
Sonntag, den 19. Juni
von 2.30-12 Uhr



**Konzert u. Tanz-
Unterhaltung**
unter Mitwirkung der
Musikkapelle
„Corcordia“.
Eintritt frei.

Chr. Krauss

hübsche
Kleidchen
Waschanzüge
Söckchen
Hütchen
ferner ein Posten
Kleidchen und
Spielhöschen
extra billig

STADTGEMEINDE ALTENSTEIG

Samstag, den 25. Juni / Sonntag, den 26. Juni / Montag, den 27. Juni

Gau-Musikfest des Neckar-Schwarzwaldgaus

150jähr. Jubiläum der Stadtkapelle Altensteig

Samstag Abend 8 Uhr Festbankett / Sonntag früh 7 Uhr Beginn der Preiswettspiele in der Turnhalle und im Grünen-Baumsaal
nachm. 1 1/2 Festzug / anschließend Festkonzert und Massenchöre / Sonntag Abend Ball im grünen Baum- und Sternensaal
Näheres durch das Festbuch / Es ergeht herzliche Einladung an Alle, die einen Festtag edler Musik mitfeiern möchten.

Der Festausschuss.

